

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 83. Sitzung des Bundesrates vom 6. Dezember 1957

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Dr.h.c. Streuli	
<u>Abwesend:</u>	bis 10 Uhr 45 Hr. Holenstein und Herr Bundeskanzler Oser (Nationalrat)	
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber	
<u>Protokolle:</u>	keine	
<u>Beginn:</u>	10 Uhr	<u>Schluss:</u> 11 Uhr 40

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Demarche der diplomatischen Vertreter der 4 arabischen Staaten
Am 4. Dezember sind die diplomatischen Vertreter Aegyptens, Saudiarabiens, Syriens und Libanons beim Vorsteher des EPD vorstellig geworden wegen einer Vortragsveranstaltung der zionistischen Vereinigung in Genf, an welcher die Redner Jacques Soustelle und Menahem Begin sich im Zusammenhang mit den Problemen des nahen Ostens gegen die arabischen Staaten ausgesprochen haben. Die Veranstaltung selbst war nicht öffentlich. Doch haben westschweizerische Zeitungen u.a. "La Suisse" ^{und die} nachher darüber berichtet und Teile des Vortrages des einen Redners (Soustelle) wurden am westschweizerischen Radio durchgegeben. Die Vertreter der arabischen Staaten machten nun geltend, dass die Duldung einer solchen antiarabischen Propaganda von Schweizerboden aus im Widerspruch stehe mit unserer Neutralitätspolitik, besonders nachdem unlängst ein Vortrag von arabischer Seite über die Entwicklung der arabischen Welt verboten worden sei. Das EPD wird nun die Angelegenheit zusammen mit der Bundespolizei untersuchen vor allem auch was die Durchgabe am Radio betrifft. Herr Feldmann stellt fest, dass zur Erteilung der Bewilligung für solche Veranstaltungen die Kantone zuständig seien. Man habe heute Schwierigkeiten mit der Tätigkeit beider Lager in der algerischen Frage. Auch die algerische Aktivität gegen Frankreich sei sehr lebhaft. Die Bundesanwaltschaft habe gefunden, dass keine besonderen Massnahmen zu treffen seien, doch müsse der Sprechende dazu ^{sagen}, wenn internen Veranstaltungen anschliessend eine derartige Publizität gegeben werde, so bedeute das eine Tätigkeit, die von Schweizer Boden aus nicht geduldet werden könne.

*und die
Tribune
de
Soudvet*

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Veröffentlichung einer internationalen Dokumentation über die Eidgenossenschaft

Es wird beschlossen, dem Antrag grundsätzlich zuzustimmen, wobei entsprechend dem Mitbericht des JPD auch eine deutsche Fassung gewünscht wird. Das EPD soll Antrag stellen für einen Kredit für die Herausgabe einer deutschen Uebersetzung.

Militärdepartement

Landesverteidigungsrat

Um dem EMD Gelegenheit zu geben, zum Vermittlungsantrag des Herrn Etter Stellung zu nehmen, wird die Angelegenheit auf die nächste Sitzung verschoben.

Begnadigungsgesuch Stöckli Roger-Eugen

Herr Holenstein fragt sich, ob man im Vergleich mit der Behandlung der beiden andern auf der heutigen Tagesordnung stehenden Begnadigungsfälle nicht den Zustand der Ehefrau, die kurz vor einer Geburt steht, berücksichtigen sollte, vor allem wenn sich ergeben würde, dass sich Stöckli im Strafvollzug gut halte. Das Geschäft geht daher an das EMD zur nochmaligen Prüfung.

Beschaffung der P.16. Schreiben der St.Galler Regierung

Es wird beschlossen, im Antwortschreiben folgende Aenderungen zu treffen:

Nachdem von der Lieferfirma für die Hunter eine Fristverlängerung bis Ende Januar bewilligt wurde, ist der entsprechende Passus des Schreibens der veränderten Sachlage anzupassen.

Statt nach "gründlicher Prüfung haben wir beschlossen" soll es heissen: "Deshalb haben wir beschlossen."

Der letzte Absatz ist zu streichen und durch die Mitteilung zu ersetzen, dass das EMD eingeladen worden sei, mit den Herstellerfirmen der P.16 über die Vertragsbedingungen zu verhandeln.

Das EMD, zusammen mit der BK, wurden beauftragt, den Briefentwurf diesen Beschlüssen anzupassen.

Volkswirtschaftsdepartement

Vorübergehende Zollermässigung auf Orangen und Mandarinen

Herr Holenstein stellt fest, dass die Formulierung in Ziff. 3

wegen der Weitergabe der Verbilligung zu weit gehe, da die Preiskontrollstelle keine Kompetenz habe, das durchzusetzen. Herr Streuli nimmt von dieser Erklärung Notiz. Die Preiskontrollstelle soll sich an das FZD wenden, wenn sie Schwierigkeiten bei der Verwirklichung dieser Absicht haben sollte.

Finanz- und Zolldepartement

Arbeitszeit in der Bundesverwaltung, 44 Stundenwoche
Verschoben auf die Montagsitzung.

U m f r a g e

Telegramm Umbricht wegen Verhandlung der Weltbank mit Aegypten
Herr Streuli hat über das Politische Departement ein Telegramm des Chefs der Finanzverwaltung aus Washington erhalten, womit eine Anfrage des Präsidenten der Weltbank weitergegeben wird des Inhalts, ob Herr Umbricht das Präsidium ^{der} im Auftrag der UNO handelnden Mission übernehmen könnte, die beauftragt wäre, den Finanzkonflikt zwischen der ägyptischen Regierung und der Kanalgesellschaft wegen Suez-Interessen zu schlichten. Der Vorsteher des EPD ist der Meinung, dass es sich um ein sehr schwieriges aber auch für unser Land sehr ehrenvolles Mandat handle. Nachdem das Mandat von beiden Parteien offeriert werde, sei vom Standpunkt unserer Neutralitätspolitik nichts einzuwenden. Wir sollten das Mandat im Interesse der Herstellung des Friedens übernehmen, auch wenn gewisse Risiken und für den Vorsteher des FZD Unannehmlichkeiten damit verbunden sind. Man tut gut daran, wenn man die orientalischen Gepflogenheiten in Betracht zieht, mit einer Dauer von 6 Monaten zu rechnen. Herr Streuli betont, dass es ihm trotz der hohen Ehre, schwer falle jetzt, wo die verschiedenen Konjunkturprobleme zu behandeln sind, auf den Direktor der Finanzverwaltung zu verzichten. Er macht aber dem Antrag keine Opposition. Herr Petitpierre wird noch abklären, ob die Kommission eventuell in Genf statt in Kairo tagen könnte, was schon einer Erleichterung für das FZD bedeuten würde. Herr Feldmann regt an, abzuklären, wie man eine allzulange Verschleppung verhindern könne, denn man müsse wohl mit Kritik rechnen, wenn man den Direktor der Finanzverwaltung so bald schon für eine lange Zeit einer ausländischen Organisation zur Verfügung stellt.

Herr Streuli wird mit dem EPD die Abfassung des Telegrammes besprechen. Voraussetzung für die Annahme des Mandates ist auf alle Fälle in erster Linie das Einverständnis beider Parteien.

Hr. H o l e n s t e i n

Kreisschreiben betr. Verfassungsartikel wegen Erdöl
Herr Holenstein wäre dankbar, wenn dieses Geschäft noch während der Wintersession im Bundesrat behandelt werden könnte. Der Herr Bundespräsident nimmt Vormerkung.

Bericht des Bundesrates über die Arbeitszeitinitiative
Auch dieses Geschäft möchte Herr Holenstein noch in dieser Session behandelt wissen. Das JPD hat noch einen Mitbericht zu machen. Der Herr Bundespräsident nimmt auch von diesem Wunsche Kenntnis.

Mittelschweiz.Erdöl-Konkordat

Die Herren Holenstein und Feldmann werden beauftragt, die Vertreter der Regierungen der Kantone Solothurn, Bern und Luzern zu empfangen und die BK wird beauftragt, ihnen das mitzuteilen. Im übrigen siehe Beschlussprotokoll.

Hr. C h a u d e tBeschaffung von Kampfflugzeugen

Es wurde von Parlamentarierseite gefragt, ob der Bundesrat nicht für eine allfällige Extrasession im Januar gleichzeitig mit der Huntervorlage eine Vorlage für den P.16 bringen könnte. Das sollte nach Auffassung von Herrn Chaudet abgelehnt werden, damit es keine Konfusion gibt und damit die finanziellen Probleme noch ruhig abgeklärt werden können.

Man wünscht einen Bericht über Lieferfristen, Preise und Fähigkeit der schweizerischen Flugzeugindustrie. Man sollte der Kommission diese Unterlagen geben. An Stelle einer Botschaft sollte ein solcher Bericht unterbreitet werden, der auch Auskunft gibt über den Stand der Arbeiten für den Abschluss eines Vertrages. Herr Streuli würde auf diese Pression nicht eingehen. Man wird die Angelegenheit P.16 so rasch vorwärts bringen wie nötig. Herr Chaudet stellt fest, dass wenn keine Extrasession stattfinden sollte, die Kommission das Geschäft noch in dieser Session behandeln würde.

Einladung zu einem chinesischen Film

Jeder soll individuell antworten.

PräsidialvorbringenFrage der ausserordentlichen Session

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass der Nationalrat heute mit der Finanzordnung fertig geworden sei, wobei die Frage Benzinzollanteil abweichend vom Antrag des Bundesrates entschieden worden sei. Die ständerätliche Kommission werde die Differenzen am Dienstag Nachmittag und der Ständerat am Mittwoch Vormittag behandeln. Der Nationalrat wird am Dienstag der 3. Woche früh wieder dazu Stellung nehmen können.

Was die Festsetzung einer ausserordentlichen Session betrifft, habe sich Herr Streuli energisch gewehrt und erreicht, dass der Entscheid bis Mittwoch verschoben wird, bis man sieht, was der Ständerat aus den Differenzen macht. Der Redner weist auf die Konsequenzen hin, die eine Verschiebung der Differenzbereinigung bei der Finanzordnung auf eine ausserordentliche Januarsession zur Folge hätte. Das Abstimmungsdatum vom 9. März könnte nicht mehr gehalten werden, was zur Folge hätte, dass die Abstimmung erst nach der Märzsession stattfinden könnte. Ende April und anfangs Mai sind die Landsgemeinden. Das hätte weiter die grössten Schwierigkeiten im Falle einer Verwerfung zur Folge. Deshalb bittet der Chef des FZD die übrigen Ratsmitglieder sich bei ihren Fraktionsangehörigen für eine Erledigung der Finanzordnung im Dezember einzusetzen. Die übrigen Herren teilen die vom Chef FZD vertretene Auffassung.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 82. Sitzung vom 2. Dezember 1957 wird genehmigt mit einer von Herrn Petitpierre gewünschten Einfügung beim Geschäft "Beschaffung von Kampfflugzeugen".

* * *